

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 02.11.2016

Sitzungsort: Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1,
99084 Erfurt

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:53 Uhr

Anwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Abwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Sitzungsleiterin: Frau Rothe-Beinlich
Schriftführerin: 

Tagesordnung:

- | I. | Öffentlicher Teil | Drucksachen-
Nummer |
|-----------|--|--------------------------------|
| 1. | Eröffnung und Begrüßung | |
| 2. | Änderungen zur Tagesordnung | |
| 3. | Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom
24.08.2016 | |
| 4. | Dringliche Angelegenheiten | |
| 5. | Informationen | |
| 5.1. | Vertagung aus der Sitzung vom 24.08.2016
Abrechnung von Sonderzahlungen in Werkstätten für
Menschen mit Behinderungen
BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN; Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales und Ge- | 1283/16 |

sundheit;
Vertreterinnen des Werkstattbeirates des Christophoruswerks Erfurt und ihre Vertrauenspersonen

- | | | |
|--------|---|----------------|
| 5.1.1. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses SAG vom 24.08.2016 zur DS 1283/16 Abrechnung von Sonderzahlungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen
BE: Dezernatsleiter Bürgerservice und Sicherheit
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur | 1746/16 |
| 5.2. | Vertagung aus der Sitzung vom 24.08.2016
Nachfragen zur DS 1283/16 - Abrechnung von Sonderzahlungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen
BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Frau Tillmann, Fraktion CDU
hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit;
Vertreterinnen des Werkstattbeirates des Christophoruswerks Erfurt und ihre Vertrauenspersonen | 1588/16 |
| 5.3. | Vertagung aus der Sitzung vom 24.08.2016
Informationsaufforderung - Zugänglichkeit des Verkehrsamtes für Bürger mit Hanicap
BE: Frau Klisch, Fraktion SPD
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften,
Dezernatsleiter Bürgerservice und Sicherheit | 1507/16 |
| 5.4. | Vertagung aus der Sitzung vom 24.08.2016
Informationsaufforderung - Parkausweise für Schwerbehinderte im Bürgeramt
BE: Herr Städter, Fraktion FFP
hinzugezogen: Beigeordneter Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften,
Dezernatsleiter Bürgerservice und Sicherheit | 1614/16 |
| 5.5. | Sachbericht Schutzbund der Senioren und Vorruheständler zum Kompetenz- und Beratungszentrum für das Jahr 2015
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
hinzugezogen: Leiterin Kompetenz- und Beratungszentrum | 1515/16 |

- | | | |
|------|---|----------------|
| 5.6. | Sachbericht Netzwerk für Integration und Zentrum für
Integration und Migration 2015
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
hinzugezogen: Vertreterin Zentrum für Integration und
Migration | 1519/16 |
| 5.7. | Sachbericht Frauenhaus Erfurt 2015
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
hinzugezogen:
Leiterin Frauenhaus bei der Evangelischen Stadtmission | 1618/16 |
| 5.8. | Ergebnisse der Studie "Bedarfsgerechte Bildungs- und
Sozialsteuerung in der Stadt Erfurt"
BE: Leiter des Jugendamtes
hinzugezogen: Vertreter Fachhochschule Erfurt sowie des
angebundenen Instituts für kommunale Planung und
Entwicklung (IKPE) e. V. | 1642/16 |
| 5.9. | Sonstige Informationen | |

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich schlug vor, folgende Tagesordnungspunkte gemeinsam zu beraten, da thematische Zusammenhänge vorhanden sind:

- TOP 5.1 Abrechnung von Sonderzahlungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (Drucksache (DS) 1283/16) mit dem TOP 5.1.1 Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses SAG vom 24.08.2016 zur DS 1283/16 Abrechnung von Sonderzahlungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (DS 1746/16) und dem TOP 5.2 Nachfragen zur DS 1283/16 - Abrechnung von Sonderzahlungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (DS 1588/16) sowie der
- TOP 5.3 Informationsaufforderung - Zugänglichkeit des Verkehrsamtes für Bürger mit Handicap (DS 1507/16) mit dem TOP 5.4 Informationsaufforderung - Parkausweise für Schwerbehinderte im Bürgeramt (DS 1614/16).

Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, bat darum, dass der TOP 5.3 und der TOP 5.4 erst beraten werden, wenn Herr Walloschek, sachkundiger Bürger, anwesend ist.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., kündigte an, dass sie unter dem TOP 5.9 Sonstige Informationen eine Nachfrage bezüglich der Diskriminierung von Frauen mit Kopftüchern beim Einlass in Diskotheken hat.

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, merkte an, dass sie unter dem TOP 5.9 Sonstige Informationen eine Nachfrage bezüglich dem aktuellem Stand zur Wiederbesetzung der Stelle der/des Beauftragten für Migration- und Integration hat.

Da die Ausschussmitglieder keine weiteren Änderungen der Tagesordnung beantragten, stellte die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Die geänderte Tagesordnung wurde **einstimmig** angenommen.

**3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom
24.08.2016**

Die Niederschrift wurde wie folgt

genehmigt Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Dem Ausschuss lagen keine dringlichen Angelegenheiten zur Beratung vor.

5. Informationen

5.1. Vertagung aus der Sitzung vom 24.08.2016 1283/16

**Abrechnung von Sonderzahlungen in Werkstätten für
Menschen mit Behinderungen**

**BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN; Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.**

**hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales und Gesund-
heit;**

**Vertreterinnen des Werkstattbeirates des Christophorus-
werks Erfurt und ihre Vertrauenspersonen**

Der TOP 5.1 wurde zusammen mit dem TOP 5.1.1 und dem TOP 5.2 beraten.

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich bedankte sich im Namen des Werkstattbeirates für die Einstellung der Sonderzahlungen im Haushalt 2016 und entschuldigte diese für die Ausschusssitzung.

Der Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass die Genehmigung des Haushaltes noch abgewartet werden muss und im Anschluss dessen die Sonderzahlung ausgezahlt wird. Er erklärte, dass hierfür eine interne Regelung mit der Stadtkämmerei gefunden wird, damit eine Auszahlung im Jahr 2017 rückwirkend für 2016 erfolgen kann.

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion DIE LINKE., schlug vor, Rücksprachen mit der Stadt Frankfurt am Main oder Hamburg zu halten, da diese eine solche Sonderzahlung schon länger auszahlen. Sie erkundigte sich, ob noch andere Werkstätten davon profitieren könnten. Der Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit nahm hierzu Stellung und erklärte, dass die Sonderzahlungen an das Christophoruswerk Erfurt gemeinnützige GmbH und Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands gemeinnütziger e. V. (CJD) erfolgen. Weitere Werkstätten kommen nicht in Betracht, da nur diese zwei entsprechende Sonderzahlungen leisten.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., erkundigte sich, ob durch die Fraktionen in den Folgejahren wieder eine entsprechende Anträge zum Haushalt eingereicht werden müssen, um eine Sonderzahlung zu erreichen oder ob dies selbstständig durch die Verwaltung erfolgt.

Frau Tillmann, Fraktion CDU, merkte an, dass es besser durch die Fraktionen aufgrund der rechtlichen Gegebenheit (freiwillige Leistungen) eingereicht werden sollte.

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich wird den Antrag immer wieder stellen, weil die Leistung der Sonderzahlung aus ihrer Sicht eine Anerkennung für die Tätigkeit der Arbeiter/-innen in den Werkstätten darstellt. Eine Information an die Werkstattträte wird durch sie in diesem Sinne erfolgen.

zur Kenntnis genommen

- | | | |
|--------|---|---------|
| 5.1.1. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses
SAG vom 24.08.2016 zur DS 1283/16 Abrechnung von
Sonderzahlungen in Werkstätten für Menschen mit Be-
hinderungen
BE: Dezernatsleiter Bürgerservice und Sicherheit
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung und Kultur | 1746/16 |
|--------|---|---------|

Siehe TOP 5.1

zur Kenntnis genommen

- | | | |
|------|---|---------|
| 5.2. | Vertagung aus der Sitzung vom 24.08.2016
Nachfragen zur DS 1283/16 - Abrechnung von Sonderzah-
lungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen
BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN; Frau Tillmann, Fraktion CDU
hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales und Gesund-
heit;
Vertreterinnen des Werkstattbeirates des Christophorus-
werks Erfurt und ihre Vertrauenspersonen | 1588/16 |
|------|---|---------|

Siehe TOP 5.1

zur Kenntnis genommen

5.3. Vertagung aus der Sitzung vom 24.08.2016
Informationsaufforderung - Zugänglichkeit des Verkehrs-
amtes für Bürger mit Hanicap
BE: Frau Klisch, Fraktion SPD
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau,
Verkehr und Liegenschaften,
Dezernatsleiter Bürgerservice und Sicherheit

1507/16

Der TOP 5.3 wurde zusammen mit dem TOP 5.4 nach dem TOP 5.5 behandelt.

Herr Walloschek, sachkundiger Bürger, schilderte das bestehende Problem und merkte an, dass eine Verbesserung der Zugänglichkeit wünschenswert sei. Er erläuterte den Ausschussmitgliedern das Verfahren, welches bei Antragstellung im Amt für Soziales und Gesundheit angewandt wird: Die notwendigen Antragsunterlagen werden automatisch an die Antragsteller versandt.

Der Dezernatsleiter für Bürgerservice und Sicherheit nahm hierzu Stellung und informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass im Bürgeramt, soweit die entsprechenden Formulare verfügbar sind, diese ausgedruckt und mitgegeben werden können, jedoch keine Prüfung auf Vollständigkeit und erst recht keine Beratung erfolgen kann. Er verwies auch auf die Internetseite der Stadt Erfurt. Auf dieser befänden sich die Anträge und Hinweise auf die einzureichenden Unterlagen. Auch den Mitarbeitern im Bürgerservice stehen nur diese Informationen zur Verfügung.

Frau Tillmann, Fraktion CDU, wies daraufhin, dass ihrer Meinung nach im Bürgeramt auch eine entsprechende Beratung bzw. Überprüfung der Unterlagen erfolgen könnte, auch wenn diese nicht zuständig seien.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften erklärte, dass die Schaffung von barrierefreien Verwaltungsstandort oberste Priorität für die Stadtverwaltung habe und derzeit auch nach einem zentralen barrierefreien Standort gesucht werde

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich fasste die Erkenntnisse abschließend wie folgt zusammen: Solange nicht an allen Verwaltungsstandorten die Barrierefreiheit gegeben sei, möge die Verwaltung den Wunsch des Ausschusses mitnehmen, analog des Verfahrens beim Sozialamt bei wiederkehrenden Anträgen so zu handeln, dass die Antragsunterlagen den betroffenen Bürgern zugeschickt werden.

zur Kenntnis genommen

5.4.	Vertagung aus der Sitzung vom 24.08.2016 Informationsaufforderung - Parkausweise für Schwerbehinderte im Bürgeramt BE: Herr Städter, Fraktion FFP hinzugezogen: Beigeordneter Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften, Dezernatsleiter Bürgerservice und Sicherheit	1614/16
------	--	---------

Siehe TOP 5.3

zur Kenntnis genommen

5.5.	Sachbericht Schutzbund der Senioren und Vorruheständler zum Kompetenz- und Beratungszentrum für das Jahr 2015 BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit hinzugezogen: Leiterin Kompetenz- und Beratungszentrum	1515/16
------	---	---------

Der TOP 5.5. wurde nach dem TOP 5.1 beraten.

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich beantragte für die Vertreterinnen des Schutzbundes der Senioren und Vorruheständler Thüringen e.V. das Rederecht. Hiergegen erhob sich von Seiten der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

Die Vertreterinnen des Schutzbundes der Senioren und Vorruehstaendler fuehrte zu dem Sachbericht aus und bedankte sich fuer die gute Zusammenarbeit. Sie informierten die Ausschussmitglieder darueber, dass eine zusaetzliche Stelle fuer die Buchhaltung benoetigt wird, da diese Arbeit auf Dauer nicht ehrenamtlich erledigt werden kann.

Frau Dr. Klisch, Fraktion SPD, bedankte sich für das Engagement der Mitarbeiter des Kompetenz- und Beratungszentrums und erkundigte sich, welche Gründe vorliegen, dass eine Inklusion der Senioren nicht so einfach sei. Sie hinterfragte, ob hierfür mehr Beratungsstellen notwendig oder welche Unterstützungen hilfreich seien.

Die Vertreterinnen des Schutzbundes der Senioren und Vorruheständler erklärte, dass lediglich Kommunikationslücken vorhanden sind und nicht alle Senioren von den Beratungsstellen Kenntnis haben.

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich bedankte sich im Namen der Ausschussmitglieder und dankte für den Hinweis bezüglich der notwendigen Stelle für die Buchhaltung. Außerdem ermunterte sie die Ausschussmitglieder, den Schutzbund einmal persönlich zu besuchen, um sich vor Ort ein Bild über dessen Arbeit machen zu können.

zur Kenntnis genommen

5.6. Sachbericht Netzwerk für Integration und Zentrum für Integration und Migration 2015 1519/16
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
hinzugezogen: Vertreterin Zentrum für Integration und Migration

Der TOP 5.6 wurde nach dem TOP 5.3 beraten.

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich beantragte für die Vertreterin des Zentrums für Integration und Migration das Rederecht. Hiergegen erhob sich von Seiten der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

Die Vertreterin des Zentrums für Integration und Migration (ZIM) führte zu dem vorliegenden Sachbericht aus und teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass eine hohe Spendenbereitschaft vorliegt. Sie merkte an, dass die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund eine enorme Herausforderung für das ZIM darstellt, die nur gemeinsam mit dem ehrenamtlichen Engagement der Erfurter Bürger und Vereine bewältigt werden kann.

Da die Ausschussmitglieder keine weiteren Nachfragen hatten bedankte sich die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich im Namen der Ausschussmitglieder für die bisher geleistete Arbeit und das großartige Engagement.

zur Kenntnis genommen

5.7. Sachbericht Frauenhaus Erfurt 2015 1618/16
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
hinzugezogen:
Leiterin Frauenhaus bei der Evangelischen Stadtmission

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich beantragte für die Vertreterinnen des Frauenhauses das Rederecht. Hiergegen erhob sich von Seiten der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

Die Vertreterinnen des Frauenhauses führten anhand einer Power-Point-Präsentation unter anderem zu den Themen Ziele, fachliche und inhaltliche Arbeit sowie die Arbeit mit Kindern aus. Sie bedankten sich für die Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziales und Gesundheit.

Frau Rothe-Beinlich bedankte sich für das Engagement der Mitarbeiterinnen des Frauenhauses.

In der folgenden Diskussion gab es Wortmeldungen der Ausschussmitglieder wie folgt:

- Frau Dr. Klisch, Fraktion SPD, merkte an, dass der Schutz des Hauses natürlich wichtig sei, aber auch die Sicherheit der darin lebenden und arbeitenden Personen. Daher fragte sie nach, wie die Zusammenarbeit unter anderem mit der Polizei in entspre-

chenden Gefahrensituationen funktioniert und ob es schon mal zu einer Abweisung von Frauen in der Not aufgrund von Platzmangel gekommen sei. Sie erkundigte sich, wie vielen Frauen eine Wohnung vermittelt werden konnten bzw. ob es auch Fälle gab, wo eine entsprechende Vermittlung nicht funktionierte.

- Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, fragte nach, ob im Frauenhaus mittlerweile alle notwendigen Formulare, Anträge und auch Informationsmaterial in den entsprechenden Sprachen vorlägen.
- Herr Walloschek, sachkundiger Bürger, merkte an, dass auch bei einem Frauenhaus auf Barrierefreiheit geachtet werden muss und hier mittel- bis langfristig eine Lösung gefunden werden muss.
- Frau Tillmann, Fraktion CDU, nahm Bezug auf die bestehenden Sprachbarrieren mit den Frauen und schlug vor, Unterstützung bei dem Bundesfreiwilligendienst zu suchen.
- Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, erkundigte sich nach der Zusammenarbeit mit anderen Frauenhäusern und inwieweit eine Barrierefreiheit bei den anderen Frauenhäusern in Thüringen vorliegt.

Die Vertreterinnen des Frauenhauses teilten den Ausschussmitgliedern mit, dass bisher allen Frauen bei ihrem weiteren Lebensweg geholfen werden konnte, auch z. B. im Hinblick auf Wohnungsvermittlungen. Bisher mussten auch noch keine Frauen in Not abgewiesen werden, da immer eine Ausweichlösung gefunden werden konnte.

Sie führten zu dem Verfahren aus, wenn das Gefahrenpotential zu hoch ist bzw. ein Schutz nicht gewährleistet werden kann. Sie informierten die Ausschussmitglieder über die gute Zusammenarbeit unter anderem mit der Polizei und dem Amt für Soziales und Gesundheit.

Die Vertreterinnen des Frauenhauses erklärten, dass zurzeit alle Informationsmaterialien, sowie Anträge bzw. Formulare übersetzt werden, jedoch immer noch nicht in allen Sprachen vorlägen. In Bezug auf den Vorschlag mit dem Bundesfreiwilligendienst erklärten sie, dass fachlich gut ausgebildetes Personal für diese Arbeit notwendig ist. Sie informierten die Ausschussmitglieder darüber, dass es in Thüringen leider kein barrierefreies Frauenhaus gibt, jedoch hierfür Ausweichmöglichkeiten vorhanden sind, um auch diesen Frauen zu helfen.

Nachdem die Ausschussmitglieder keine weiteren Nachfragen hatten, bedankte sich Frau Rothe-Beinlich sich im Namen der Ausschussmitglieder.

zur Kenntnis genommen

5.8. Ergebnisse der Studie "Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung in der Stadt Erfurt" 1642/16
BE: Leiter des Jugendamtes
hinzugezogen: Vertreter Fachhochschule Erfurt sowie des
angebundenen Instituts für kommunale Planung und
Entwicklung (IKPE) e. V.

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich beantragte für den Vertreter des Institutes für kommunale Planung und Entwicklung (IKPE) e.V. das Rederecht. Hiergegen erhob sich von Seiten der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

Der zuständige Mitarbeiter des Jugendamtes führte zu der Thematik ein und erklärte kurz deren Inhalt.

Der Vertreter von IKPE führte anhand einer Power-Point-Präsentation zu Teilergebnissen der Studie "Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung in der Stadt Erfurt" aus.

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich bedankte sich für die Präsentation und erkundigte sich, ob die Präsentation für die Ausschussmitglieder zur Verfügung gestellt werden kann. Der Vertreter von IKPE erklärte sich damit einverstanden¹.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., erkundigte sich, wann der komplette Bericht vollständig vorliegt und ob dieser entsprechende Handlungsempfehlungen enthält. Sie fragte auch nach, ob der Bericht dem Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung als Beratungsgegenstand vorgelegt wird. Frau Stange merkte an, dass ihrer Erfahrung nach zum Beispiel viele ältere Menschen keine entsprechenden Anträge zur Unterstützung im Alter aufgrund unterschiedlicher Gründe einreichen und diese somit nicht in der Statistik erfasst werden würden.

Der Vertreter von IKPE erklärte, dass der Bericht in naher Zukunft fertig gestellt sei und dem Ausschuss als Beratungsgrundlage vorgelegt werden soll. Er teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass der Bericht auf die unterschiedlichen Missstände eingeht, jedoch keine Handlungsempfehlungen gibt.

Der Dezernatsreferent für Soziales, Bildung und Kultur informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass im I. Quartal 2017 zu dieser Thematik eine große Informationsveranstaltung stattfinden soll und die Ergebnisse der Studie als Grundlage für Entwicklung anderer Maßnahmen in den einzelnen Planungsräumen der Landeshauptstadt Erfurt dienen soll.

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, wollten wissen, ob die erhobenen Daten auch geschlechtsspezifisch dargestellt werden können wie zum Beispiel bei der Inanspruchnahme der HzE, der Adiposität oder Untergewichtigkeit.

Der Vertreter von IKPE informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass in der Präsentation nicht geschlechterspezifisch unterteilt wurde, aber dass möglich sei.

redaktionelle Anmerkung

¹ Die Power-Point-Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

Frau Dr. Klisch, Fraktion SPD, nahm Bezug auf die erhöhte Anzahl an Senioren in Plattenbauwohnungen und hinterfragte, welche Gründe hierfür möglicherweise vorlägen und ob man mit einer erhöhten Altersarmut in den benannten Stadtteilen rechnen sollte.

Der Vertreter von IKPE nahm hierzu Stellung und erklärte die Zusammenhänge.

Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATAEN, bat um die Übermittlung der zugrundeliegenden Daten für die Studie "Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung in der Stadt Erfurt" in digital Form.

Der Vertreter von IKPE nahm hierzu Stellung und erklärte, dass er die Daten grundsätzlich nicht weitergeben kann, aber die Verwaltung diese möglicherweise zur Verfügung stellen könnte.

Folgende Festlegung wurde zu Protokoll gegeben:

Es soll eine Prüfung erfolgen, ob die der Studie "Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung in der Stadt Erfurt" zugrundeliegenden Daten digital den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden können. Die Power-Point-Präsentation geht den Ausschussmitgliedern mit dem Protokoll zu. V.: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur	WV: 07.12.2016	DS 2349/16
--	-------------------	---------------

Nachdem die Ausschussmitglieder keine weiteren Nachfragen hatten, bedankte sich die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich im Namen der Ausschussmitglieder.

zur Kenntnis genommen

5.9. Sonstige Informationen

Diskriminierende Einlasskontrolle in der Diskothek "Cosmopolar"

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass es wiederholt zu diskriminierenden Einlasskontrollen vor der Diskothek "Cosmopolar" gegenüber Frauen mit Kopfbedeckung gekommen sei. Daher fragte sie nach, wie die Stadtverwaltung mit diesem wiederholten Fall umgeht.

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass sie eine entsprechende Anfrage für den Stadtrat (Drucksache 2116/16) eingereicht hat und diese am 16. November 2016 im Stadtrat behandelt werden soll. Daher schlug sie vor, die Beantwortung abzuwarten.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften führte zu dem Inhalt der Anfrage aus und erklärte, dass grundsätzlich keine direkte Handlungsmöglichkeit gibt. Der Dezernatsleiter für Bürgerservice und Sicherheit informierte die Ausschuss-

mitglieder darüber, dass am 10.11.2016 ein Gespräch mit dem Betreiber der Diskothek zu diesem Sachverhalt stattfindet und somit in der Stadtratssitzung genauere Aussagen getroffen werden können.

Die Ausschussmitglieder erklärten sich mit dem oben genannten Vorschlag einverstanden.

Sitzungsplan 2017

Frau Rothe-Beinlich nahm Bezug auf den noch nicht bestätigten Sitzungsplan für 2017 (Drucksache 1789/16) und teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass sie aufgrund Plenarsitzungen des Landtages am 22.02.2017 und am 27.09.2017 erst später zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung erscheinen kann. Sie schlug die Varianten vor, dass der stellvertretende Ausschussvorsitzender Herr Mroß, Fraktion SPD, die Sitzung leiten könnte oder der Ausschuss an diesen beiden Tagen später anfängt.

Frau Tillmann, Fraktion CUD, sprach sich dafür aus, dass der Ausschuss um 17:00 Uhr beginnt und der Stellvertreter solange die Sitzungsleitung übernimmt. Die Ausschussmitglieder schlossen sich der Aussage von Frau Tillmann mehrheitlich an.

Wiederbesetzung von Stellen für Beauftragte

Frau Rothe-Beinlich erkundigte sich, nach dem aktuellen Stand in Bezug auf die Wiederbesetzung der Stelle der/des Beauftragten für Migration- und Integration.

In diesem Zusammenhang erkundigte sich Herr Walloschek, sachkundiger Bürger, nach dem aktuellen Stand der Nachbesetzung der Stelle des Bürgerbeauftragten / Beauftragter für Menschen mit Behinderungen.

Durch den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften konnte hierzu keine Auskunft gegeben werden.

Folgende Festlegung wurde zu Protokoll gegeben:

Wie ist der aktuelle Stand zur Wiederbesetzung der Stelle der Beauftragten/r für Migration- und Integration und wie ist der Zeitplan für die Nachbesetzung der Stelle des Bürgerbeauftragten / Beauftragter für Menschen mit Behinderungen? Die Verwaltung sagt hierzu eine schriftliche Zuarbeit zu.	WV: 07.12.2016	DS 2351/16
V.: Leiterin Bereich Oberbürgermeister		

Die Ausschussvorsitzende beendete den öffentlichen Teil der Sitzung und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Rothe-Beinlich
Vorsitzende

gez. 
Schriftführerin